

Opiumproduktion bringt guten Profit

Laut einem lokalen Anwohner erheben die ansässigen Armee- und Polizeieinheiten in dem südlichen Shan-Staat eine »Steuer« von bis zu 80.000 Kyat (96 US-Dollar) pro Hektar für Landwirte, die den Anbau von Schlafmohn betreiben. Im Gegenzug wird von den Behörden ein Auge zugezückt damit der illegale Anbau und die Ernte können weiter ihren Lauf nehmen. Es gibt viele Gebiete im südlichen Shan-Staat, die für die Opiumproduktion bekannt sind. Die Landwirte in diesen Gebieten bauen lieber Opium anstelle von anderen Kulturen an, weil sie etwa 800.000 bis 900.000 Kyat (964-1.084 US-Dollar) pro VISS (1,63 Kilo) Rohopium verdienen können, so der Landwirt. »Selbst für Rohopium wird ein guter Preis gezahlt. Deshalb haben die Landwirte nichts dagegen die »Steuer« zu bezahlen, wenn das bedeutet, dass sie so viele Hektar bewirtschaften können wie sie wollen. Und den lokalen Behörden ist es wiederum egal, wie viel Opium produziert wird, solange wir die Steuern zahlen«, fügte er hinzu. Im Juli 2010 wurde Burma von dem *UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung* (UNODC) zum

zweitgrößten Opiumerzeuger weltweit ernannt. Zudem ist Burma auch Südasiens viertgrößter Produzent von Methamphetaminen.

2009 berichtete UNODC, dass in Burma 3.200 Hektar Land mit Schlafmohn bewirtschaftet wurden. Das sind elf Prozent mehr als im Vorjahr und 50 Prozent mehr als in 2006. Trotz dieses Anstiegs behauptet Burmas Regierung jedoch, sie sehen sich verpflichtet die Herstellung von Betäubungsmitteln im eigenen Land einzudämmen. Der Opiumanbau ist eine wichtige Einnahmequelle für viele, die in diesem verarmten Teil des Shan-Staates leben. Opiumsaft-Sammler, die Einschnitte an den Mohnkapseln zur Rohopiumernte machen, können während der Erntezeit mehr als 10.000 Kyat (zwölf US-Dollar) pro Tag verdienen. »Aufgrund der Job-Knappheit und dem Mangel an regulärem Unterricht an der Universität, kommen auch viele Studenten aus Panglong zum Arbeiten auf die Felder. Es sind sogar Kinder auf den Feldern zu sehen, denn es ist eine einfache Möglichkeit, Geld zu verdienen«, sagte ein Bewohner von Loilem.

Journalisten fordern Erleichterung der Zensur

Am Tag der Pressefreiheit haben Medienschaffende in Burma die neue Regierung unter dem früheren General Thein Sein aufgefordert, die Zensurgesetze der vorhergehenden Militärjunta zu lockern. Ko Ko, der Sekretär des Myanmar Schriftsteller- und Journalistenverbandes sagte: »Eine blühende vierte Säule (Journalismus) ist in einem demokratischen System notwendig. Und wir glauben, dass die Regierung inklusive Präsident Thein Sein das verstehen wird, wenn ihnen daran gelegen ist, ein demokratisches System zu schaffen.« Nach wie vor wird in

Burma die Pressefreiheit beschnitten, indem Kopien der zu veröffentlichen Informationen im Voraus eingereicht werden müssen. Die Regierung hat zwar kürzlich angekündigt, dass bei bestimmten Genres von Publikationen keine Kopien vor der Veröffentlichung eingereicht werden müssen; unter anderem in den Kategorien Sport, Kinder und Übernatürliches. Bei politischen Publikationen müssen die Beiträge aber weiterhin der Zensurbehörde vorgelegt werden.

vgl. Democratic Voice of Burma, 4.5.2011

Der Einfluss von Than Shwe

Der frühere burmesische Militärführer General Than Shwe hat seinen Posten als Oberbefehlshaber der Armee aufgegeben, eine »zivile« Regierung ist im Amt – geleitet von seinen loyalen Untergebenen. Aber nur wenige bezweifeln, dass er weiterhin Einfluss ausüben wird. Es heißt, dass der neue Oberbefehlshaber General Min Aung Hlaing regelmäßig an Than Shwe berichtet.

Über Than Shwes Rolle lässt sich jedoch nur mutmaßen. Spekulationen, dass Than Shwe sich selbst als Präsident der neuen Regierung ernennen, oder seine Position als Oberbefehlshaber behalten würde, haben sich nicht bewahrheitet. Er scheint die Uniform an den Nagel gehängt und eine Rolle als ziviler Führer angeschlagen zu haben. Resultat: Ein friedlicher, wenn auch kosmetischer Transfer der Macht. Möglicherweise getrieben durch sein Alter von 78 Jahren und dem Schreckgespenst eines zukünftigen Machtkampfes, plante Than Shwe seinen Abgang vorsichtig. Er traf einige Schutzmaßnahmen, indem er sowohl Loyalisten in Schlüsselpositionen bei Militär und Regierung platzierte als auch ein Militärdominiertes System etablierte, dass sein Regime eine »mit Disziplin gedeihende Vielparteien Demokratie« nannte.

Er hat Scharfsichtigkeit bewiesen: seine eigene Sicherheit ist garantiert und eine führende Rolle des Militärs in der politischen Zukunft des Landes gesichert. Die Verfassung, die er entworfen hat, verbietet es Suu Kyi Präsidentin zu werden und enthält zudem eine Klausel, die besagt, dass Gesetze nicht rückwirkend auf vergangene Fälle angewendet werden können – was zukünftige Versuche unterbindet, ihn und andere militärische Figuren für Verbrechen zu belangen, die unter ihrer Herrschaft begangen wurden.

vgl. Irrawaddy, 5.5.2011

Drei Jahre danach und immer noch kein Obdach

Drei Jahre nachdem der Zyklon Nargis Burma getroffen hat, brauchen Tausende noch immer Hilfe. »Dies ist ein Gebiet, das immer noch viel Hilfe benötigt«, so Arne Han Flolo, erster Sekretär der norwegischen Botschaft. Er ist seit 2008 einer der Hauptunterstützer der fortgesetzten Bemühungen, im Irrawaddy-Delta Obdach zu schaffen. Das *UN Human Settlements Programme* (UN-HABITAT) schätzt, dass rund 375.000 Menschen im Süden Burmas immer noch eine Behausung brauchen, 36 Monate nachdem die schlimme Naturkatastrophe die südostasiatische Nation getroffen hat. Nach Aussagen der Regierung, waren über 750.000 Häuser durch Nargis schwer beschädigt. Aber trotz des enormen Unglücks war es nie Priorität Obdach zu schaffen, so Mitarbeiter von verschiedenen Hilfsorganisationen. Unter dem *Post Nargis Recovery Plan* (PONREPP) wurden von den empfohlenen 173,6 Millionen US-Dollar für den Wiederaufbau von Häusern nur 30 Million US-Dollar verteilt – dadurch ist es der am geringsten finanzierte Sektor von allen. Laut UN-HABITAT ist weitere Finanzierung notwendig, denn die Mindestkosten für eine sichere Behausung würden ca. 600 US-Dollar betragen.

vgl. IRIN News, 3.5.2011

CDs und USB-Sticks aus Internetcafés verboten

Internetcafé Kunden ist es nicht mehr gestattet, externe Festplatten für Computer zu verwenden, so besagt es eine neue Verordnung des burmesischen Ministeriums für Kommunikation, das die Regelungen für die wachsende Anzahl der Internetnutzer immer weiter verschärft. Das Verbot von CDs, USB-Sticks und Disketten kommt zwei Monate nachdem die Regierung die Nutzung von Diensten wie Skype und VZO-Chats, mit denen Internet-Nutzer kostenlose oder günstige internationale Anrufe tätigen können, verboten hat. Die Begründung für das Verbot ist der angebliche Rückgang der Einkünfte aus Übersee-Telefonaten. Analytiker behaupten jedoch, dass es wahrscheinlicher sei, dass das Verbot aus der Unfähigkeit der Regierung resultierte, die *Voice over Internet Protocol*-Dienste (VoIP) zu überwachen. Das externe Festplatten-Verbot ergänzt eine lange Liste von Vorschriften, die das Konzept »Internetcafé« bestimmen. Hinzukommt, dass bei Verstößen schwere Strafen drohen. Selbst Ausländer sind verpflichtet, ihre Pass-Daten, Adresse und Telefonnummer anzugeben, bevor sie einen Computer des Cafés benutzen. Cafésbesitzer müssen monatlich ih-

re Aufzeichnungen der Internet-Nutzerdaten an das Ministerium für Post und Telekommunikation weiter reichen. Mit rund zwei Prozent zählt die Internetverbreitung in Burma zu der niedrigsten in der Welt, aber die Nutzer sind auf dem Vormarsch. Trotz drakonischer Gesetze rund um den Transfer von Informationen, hat sich eine florierende Untergrund Blogger-Gemeinschaft entwickelt. Ein sogenanntes Upgrade des Internet-Services kurz nach den Wahlen in 2010, soll angeblich zur verstärkten Überwachung und Repression der landesweiten Internet-Nutzer dienen.

Ein gemeinsamer Bericht von *Reporter ohne Grenzen* und *Burma Media Association* besagt, dass das *Hantharwaddy National Gateway* Burmas Hauptverbindung zum globalen Internet sei und ausschließlich durch das Militär kontrolliert werde. Darüber hinaus bedeutet die Einführung eines zusätzlichen ISP (*Internet Service Provider*), dass die Regierung jetzt den Internet-Dienst für Zivilisten in Zeiten politischer Unruhen, unter Beibehaltung eines eigenen Online-Systems abschalten kann.

vgl. Democratic Voice of Burma,

16.5.2011

True News Journal suspendiert

Burmas Pressekontrollstelle und Registrationsabteilung hat die in Rangun ansässige Zeitschrift *True News Journal* für zwei Wochen suspendiert. Die Suspendierung ist die erste ihrer Art, seit der Vereidigung der neuen Regierung am 30. März 2011.

»Der Grund für die Suspendierung ist, dass der Bericht ohne die Erlaubnis des Zensurausschusses gedruckt wurde«, sagte ein Informant, der dem *True News Journal*

nahe steht. Er spekuliert, dass es wohl noch andere Gründe für die Suspendierung gebe. Er sagte, dass in der gleichen Ausgabe der Zeitschrift eine Karikatur des bekannten burmesischen Cartoonisten Aw Pi Kye veröffentlicht wurde, die zeigt wie Regierungsmitglieder ihre Uniformen wechseln. Zudem erschien ein Artikel über die einflussreiche NGO *Free Funeral Service Society* (FFSS).

vgl. Irrawaddy, 16.5.2011

kurz notiert